

Niedersächsischer Landtag – 16. Wahlperiode Drucksache 16/195

Auszug aus den Mündlichen Anfragen gemäß § 47 der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages

Hannover, den 28.05.2008

Abgeordnete Grant Hendrik Tonne, Markus Brinkmann, Marco Brunotte, Ulla Groskurt, Stefan Klein, Matthias Möhle, Uwe Schwarz, Petra Tiemann, Ulrich Watermann (SPD)

Privatisiertes Landeskrankenhaus Wunstorf: Nimmt die Landesregierung eine schlechtere sozialpsychiatrische Versorgung im Landkreis Nienburg in Kauf?

Eines der zentralen, dauernd wiederholten Versprechen der Landesregierung bei der Privatisierung der Landeskrankenhäuser war, dass es mit dem Verkauf zu keiner Verschlechterung der sozialpsychiatrischen Versorgung im Lande käme. Neben der Opposition bezweifelten von Beginn an zahlreiche Psychiatrieexperten, dass die Landesregierung dieses Versprechen halten könne.

Mittlerweile gibt es erste Entwicklungen, die die Zweifel von Opposition und Psychiatrieexperten zu bestätigen scheinen.

So bedeutet nach einer Einschätzung des Landkreises Nienburg und des Sozialpsychiatrischen Verbundes im Landkreis Nienburg vom 7. Februar 2008 die im Zuge der Privatisierung des LKH Wunstorf vollzogene Schließung der Institutsambulanz an der ehemaligen Fachabteilung Bad Rehburg „einen deutlichen Verlust an Versorgungsqualität“. In dem entsprechenden Schreiben teilt der Landkreis Nienburg weiter mit, dass die Schließung für die betreffenden Behandlungs- und Betreuungsfälle „eine erhebliche zusätzliche Belastung (sei), insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die von der Institutsambulanz in Einzelfällen auch gegebenenfalls notwendigen Hausbesuche in dieser Form kaum mehr möglich sein werden.“

Zu den weiteren Konsequenzen heißt es unmissverständlich: „Die Entwicklung ausgleichender Strukturen im Sozialpsychiatrischen Verbund dürfte bei der gegebenen Sach- und Rechtslage kaum ausreichend möglich sein. Dies hat bedauerlicherweise erwartbare Verschlechterungsfolgen für die psychosoziale Betreuung insbesondere suchtkranker Personen, die bisher durch die Institutsambulanz an der Fachabteilung Bad Rehburg betreut worden sind und durch andere Betreuungsformen nicht ausreichend aufgefangen werden können.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Verschlechterung der sozialpsychiatrischen Versorgung im Landkreis Nienburg seit Schließung der Institutsambulanz an der ehemaligen Fachabteilung Bad Rehburg vor dem Hintergrund des von ihr gegebenen Versprechens, dass die Privatisierung der Landeskrankenhäuser zu keinen Qualitätseinbußen führen werde?

2. In wieweit passt die verschlechterte sozialpsychiatrische Versorgung insbesondere von suchtkranken Personen zum erst jüngst von der Sozialministerin pressewirksam vorgestellten Suchtbekämpfungskonzept der Landesregierung?

3. Wo und in welchem Umfang ist durch ähnliche Vorgänge wie im Landkreis Nienburg auch an den Standorten der anderen ehemaligen Landeskrankenhäuser eine Verschlechterung der sozialpsychiatrischen Versorgung bereits eingetreten bzw. künftig zu erwarten?